



Niederschrift

26. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Sitzungstermin:	Dienstag, 19.01.2016
Sitzungsbeginn:	18:05 Uhr
Sitzungsende:	22:05 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE	
Herr Pete Heuer	SPD	
Herr Lars Eichert	CDU/ANW	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
.Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	bis 20.15 Uhr

zusätzliches Mitglied

Frau Anja Heigl	DIE aNDERE	
.Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	von 18.15 Uhr bis 20.25 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Marcus Krause	SPD	
--------------------	-----	--

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Dau	SPD	
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	bis ca. 21.40 Uhr
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Bernd Putz	Behindertenbeirat	
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	
Herr Rudi Wiggert	SPD	

Beigeordneter

Herr Andreas Goetzmann i.V. des BGO GB 4

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Babette Reimers SPD entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Frank Kulok Bürgerbündnis entschuldigt
Herr Christian Schirrholtz DIE LINKE entschuldigt

Gäste:

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung zu TOP 4.2 bis 4.4)
Herr Drews (AG Verkehrsmanagement zu TOP 4.5)
Herr Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen zu TOP 4.7)
Herr Glaser (technischer Geschäftsführer Verkehrsbetrieb Potsdam zu TOP 4.10)
Herr Wiedemann (Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger zu TOP 4.9)
Herr Wiesner (ARGUS Stadt- und Verkehrsplanung Hamburg zu TOP 5.1)
Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung zu TOP 5.3 und 5.4)
Herr Quabis (Anwohner – Rederecht zu TOP 4.7)

Schriftführerin:

Frau Viola Kropp GB Stadtentwicklung und Bauen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 8.12.2015 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Sicherheit auf markierten Radwegen
Vorlage: 15/SVV/0688
Fraktion DIE LINKE
(Rücküberweisung aus der STVV)
- 4.2 Bebauungsplan Nr. 21 "Gewerbepark Babelsberg", 1. Änderung, Abwägung
und Auslegungsbeschluss
Vorlage: 15/SVV/0804

- Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.3 Bebauungsplan SAN - P 16 "Stadterweiterung Nord" Abwägung und Satzungsbeschluss Bebauungsplan SAN - P 04 "Teilraum Block 4" Aufhebungsbeschluss
Vorlage: 15/SVV/0821
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.4 Bebauungsplan SAN - P 17 "Stadterweiterung Süd" Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 15/SVV/0822
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.5 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung)
Vorlage: 15/SVV/0842
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
KOUL, FA (ff)
- 4.6 Novellierung Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung
Vorlage: 15/SVV/0833
Fraktion SPD
HA
- 4.7 Abfahrt Zentrum Ost
Vorlage: 15/SVV/0836
Fraktion DIE LINKE
(neue Fassung)
- 4.8 Fortsetzung der Entwicklungsmaßnahme Krampnitz
Vorlage: 15/SVV/0838
Fraktion DIE aNDERE
FA, HA
- 4.9 Konzept für die Aufstellung von Glas- und Kleidersammelcontainern
Vorlage: 15/SVV/0841
Fraktion CDU/ANW
- 4.10 Ergebnisse der Machbarkeitsuntersuchung zur Straßenbahnerschließung des Entwicklungsbereiches Krampnitz
Vorlage: 15/SVV/0859
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Fahrland und Neu Fahrland
(Mitteilungsvorlage)
- 4.11 Nordanbindung Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark" an die Golmer Chaussee (L 902), halbjährliche Berichterstattung, hier Dezember 2015
Vorlage: 15/SVV/0853
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Entwicklungsbereich Krampnitz - Verkehrsuntersuchung Eingangsbereich
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.2 Bebauungsplan Nr. 36-2 "Leipziger Straße/Brauhausberg", aktueller Planungsstand und Information zur Verständigung über ein konkretes Bauvorhaben

- FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.3 Bebauungsplan Nr. 145 "Am Humboldtring", Stand der Gespräche mit relevanten Trägern öffentlicher Belange
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.4 Bebauungsplan Nr. 146 "Nordwestseite Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs", aktueller Planungsstand für die nördliche Parkanlage
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.5 Straßenbeleuchtungsvorhaben mit Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach BauGB in Potsdam OT Groß Glienicke "Nibelungenstraße" (Sacrower Allee bis Wendensteig)
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 5.6 Straßenbeleuchtungsvorhaben mit Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach BauGB in Potsdam OT Groß Glienicke "Sacrower Allee" (Nibelungenstraße bis Haus Nr. 120)
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 6 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 7 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.12.2015

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 8.12.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und wünscht den Anwesenden für das neue Jahr Gesundheit, Erfolg und Wohlergehen sowie eine gute Zusammenarbeit. Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 08.12.2015 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 5 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Der Ausschussvorsitzende informiert über das von Herrn Quabis als Anwohner zum TOP 4.7 beantragte Rederecht.

Gegen die Gewährung des Rederechtes erfolgt kein Einspruch.

Zur Tagesordnung bittet Herr Krause den TOP 4.11 MV 15/SVV/0853 bis zur 2. Februarsitzung zurück zu stellen, da sich der Ortsbeirat aufgrund nicht erfolgter Teilnahme der Verwaltung noch nicht damit befasst habe.

Der Ausschussvorsitzende informiert über die Bitte der antragstellenden Fraktion auch den TOP 4.8 15/SVV/0838 nochmals zurück zu stellen.

Gegen die beiden Zurückstellungen erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 7/0/0 bestätigt.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Vorstellung von Vorhaben vor der Sitzung erfolgt ist, jedoch aufgrund der Fülle von Bauvorhaben nicht abschließend vorgenommen werden konnte. Die Fortsetzung wird im Rahmen der nächsten Vorstellung (voraussichtlich am 23.2.16) erfolgen. Herr Goetzmann wird unter dem Punkt Sonstiges näher darauf eingehen.

Frau Hüneke berichtet, dass es bei einem der vorgestellten Vorhaben im Bornstedter Feld um die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes, hier die Erhöhung, gegangen sei. Dies müsse eine Ausnahme sein und dürfe nicht dazu führen, dass es für die Folgegrundstücke zur Vorlage wird. Frau Hüneke bittet bei der Bearbeitung der künftigen Bauvorhaben darauf zu achten.

Der Hinweis wird von der Verwaltung aufgenommen.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Sicherheit auf markierten Radwegen

Vorlage: 15/SVV/0688

Fraktion DIE LINKE

(Rücküberweisung aus der STVV)

Herr Berlin bringt als Antragsteller nochmals zum Ausdruck, dass es ein Unsicherheitsempfinden für Radfahrer auf abmarkierten Radwegen, z.B. in der Straße am Neuen Garten vor dem Treffpunkt Freizeit, gebe. Insofern halte er eine nochmalige Evaluierung für erforderlich.

Herr Jäkel bittet für die antragstellende Fraktion den Berichtstermin von Januar

2016 auf April 2016 zu ändern. Er ergänzt die Ausführungen von Herrn Berlin, dass es auf einigen Straßen eine sehr beengte Situation für Radfahrer gebe, die den Eindruck erwecke, dass genügend Platz da sei, obwohl dem nicht so sei.

Herr Goetzmann erinnert, dass der Antrag 15/SVV/0688 bereits in der Sitzung am 10.11.2015 umfassend behandelt worden ist und mit dem Votum 2/4/1 die Beschlussempfehlung erfolgt sei. Für die Verwaltung sei jetzt unklar, worin der mit der Rücküberweisung beabsichtigte Auftrag für die Verwaltung bestehe.

Herr Jäkel berichtet, dass er selbst nicht Initiator dieses Antrages sei. Möglicherweise sollte mit der Rücküberweisung die Gelegenheit zum nochmaligen Überdenken gegeben werden.

Herr Kirsch erkundigt sich, was bei dem Antrag im Ergebnis heraus kommen solle?

Herr Jäkel regt für die antragstellende Fraktion an, zumindest eine Rückkoppelung mit den Radfahrern vorzunehmen, in welchen Bereichen aus Sicht der Radfahrer ein Handlungserfordernis gesehen werde, um ggf. in der Prioritätenliste Änderungen vorzunehmen und als Entscheidungsgrundlage für die Entwicklung des Radwegenetzes zu nutzen.

Frau Hüneke erachtet als einzige Lösung dieses subjektive Gefühl der Gefährdung für Radfahrer mittels Reduzierung der Geschwindigkeit zu mindern.

Herr Jäkel betont, dass mit diesem Antrag noch keine konkrete Umsetzung erfolgen soll, sondern zum Nachdenken ermutigt wird.

Herr Eichert äußert, dass aus seiner Sicht keine erneute Abstimmung notwendig sei, da es sich nicht um einen konkreten Gefahrenpunkt (wie zum Beispiel in der Pappelallee) handeln würde.

Herr Goetzmann stellt dar, dass bislang aus dem Antrag zu entnehmen ist, dass das Thema Sicherheit für Radfahrer ausschließlich dort geprüft werden soll, wo eine Abmarkierung auf der Straße erfolgt. Dies sei problematisch bei der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes. Vielmehr könne es sinnvoll sein, bei der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes gezielt und in besonderer Art und Weise die Sicherheit in den Vordergrund zu stellen.

Herr Heuer unterbreitet den Vorschlag die Verwaltung zu verpflichten, die Intention des Antrages mit in die Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes einzubeziehen.

Herr Berlin spricht sich gegen diesen Vorschlag aus, da man nicht abwarten dürfe, bis etwas passiert. Eine Aufnahme in das Radverkehrskonzept zur

Berücksichtigung sei erforderlich.

Herr Jäkel bestätigt die Intention, den Aspekt der Sicherheit in der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes mit zu berücksichtigen. In diesem Sinne solle die mit dem Antrag erbetene Prüfung im Rahmen der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes vorgenommen werden.

Herr Kirsch hinterfragt, ob die Verwaltung nicht ohnehin den Aspekt der Sicherheit prüfen würde?

Herr Goetzmann bringt nach wie vor zum Ausdruck, dass die Umsetzung des Antrages in dieser Form nicht zielführend sei.

Frau Hüneke regt als Alternativvorschlag an die Verwaltung zu beauftragen, insbesondere die Radverkehrssicherheit zu prüfen.

Herr Eichert ergänzt, dass die Verwaltung zusichern könne bei der Fortschreibung besonders die Sicherheit der Radverkehrsprojekte zu prüfen.

Herr Kirsch stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Diskussion und Abstimmung.

Dafür spricht Herr Jäkel und bittet für die antragstellende Fraktion den Antrag mit folgenden Änderungen abzustimmen:

Aufnahme folgenden Satzes von Herrn Goetzmann

Im Rahmen der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes ist der Sicherheitsaspekt mit Priorität zu prüfen.“ und Streichung der letzten beiden Sätze.

Gegen den GO-Antrag spricht niemand.

Der vom Antragsteller geänderte Antrag wird durch den Ausschussvorsitzenden zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Rahmen der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes ist der Sicherheitsaspekt mit Priorität zu prüfen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie die Sicherheit für Radfahrer auf den auf der Fahrbahn abmarkierten Radwegen in der Landeshauptstadt gewährleistet ist.

Insbesondere in verkehrsreichen und schmalen Straßen, wie zum Beispiel Am neuen Garten oder in der Drewitzer Straße soll festgestellt werden, wie sich die Unfallhäufigkeit darstellt.

~~In geeigneter Weise sollen Radfahrer und Kraftfahrzeugführer nach ihrem Sicherheitsverständnis befragt werden.
Dazu ist der Stadtverordnetenversammlung bis zum Januar 2016 ein Bericht vorzulegen.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 0

zu 4.2 Bebauungsplan Nr. 21 "Gewerbepark Babelsberg", 1. Änderung, Abwägung und Auslegungsbeschluss

Vorlage: 15/SVV/0804

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein. Er erinnert in diesem Zusammenhang an das bereits im November durch Herrn Goetzmann im SBV-Ausschuss vorgestellte Bauvorhaben eines Bestattungsunternehmers und geht auf weitere Änderungen hinsichtlich der Erschließung (Verlagerung der Planstraße B), an den Grünflächen und den Verzicht auf den Anbau am Giebel näher ein.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der frühzeitigen Beteiligung nach § 4 Abs. 1 i. V. m. § 3 Abs. 1 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 21 „Gewerbepark Babelsberg“, 1. Änderung entschieden (gemäß Anlage 2).
2. Der Entwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 21 "Gewerbepark Babelsberg" ist nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (siehe Anlagen 3 und 4).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

**zu 4.3 Bebauungsplan SAN - P 16 "Stadterweiterung Nord" Abwägung und
Satzungsbeschluss Bebauungsplan SAN - P 04 "Teilraum Block 4"
Aufhebungsbeschluss**

Vorlage: 15/SVV/0821

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein.

Frau Hüneke fragt, ob in der Gutenbergstr. 50 % Wohnen; insbesondere in den Obergeschossen, vorgesehen sei. Sie erinnert, dass es das Anliegen war, dass die Vorderhäuser bewohnt werden sollen.

Herr Lehmann bestätigt, dass die Wohnnutzung „im 2. Vollgeschoss bei Gebäuden, die sich in einem 13,5 m tiefen Bereich gemessen von der Begrenzung der an das Grundstück angrenzenden gewidmeten Straßenverkehrsfläche befindet („Vorderhäuser“)“ in den Festsetzungen enthalten ist. Damit wird eine weiterhin wirksame Prägung durch Wohnungen erreicht.

Er informiert auf Rückfragen, dass hinsichtlich der Kulturnutzung des „Studentischen Kulturzentrums – KUZE“ kein Austausch erfolgt. Die komplette Kulturnutzung bleibt wie im Bestand und ist mit der Zweckbestimmung „Kulturellen und sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“ im Hinblick auf soziale Beratungsangebote ergänzt worden.

Die Aufhebung des SAN P 04 „Teilraum Block 4“ ist erforderlich, da er in dem SAN- P 16 aufgegangen ist.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan SAN – P 16 „Stadterweiterung Nord“ (*gemäß Anlage 2*) entschieden.
2. Der Bebauungsplan SAN – P 16 „Stadterweiterung Nord“ wird in der vorliegenden Fassung nach § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt. (*gemäß Anlage 1*)
3. Nach § 1 Abs. 8 BauGB i. V. m. § 10 Abs. 1 BauGB wird die Satzung über die Aufhebung des Bebauungsplans SAN – P 04 „Teilraum Block12“ beschlossen. (*gemäß Anlage 3*)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 4.4 Bebauungsplan SAN - P 17 "Stadterweiterung Süd" Abwägung und Satzungsbeschluss

Vorlage: 15/SVV/0822

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein und informiert, dass hier komplett 50 bzw. 70 % Wohnen festgeschrieben worden ist. Ausnahmen bilden die Grundfläche der Schule in der Dortustraße, der Rechnungshof und der Sitz der Commerzbank.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan SAN – P 17 „Stadterweiterung Süd“ (*gemäß Anlagen 2 und 3*) entschieden.
2. Der Bebauungsplan SAN – P 17 „Stadterweiterung Süd“ wird in der vorliegenden Fassung nach § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt. (*gemäß Anlage 1*).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 4.5 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung)

Vorlage: 15/SVV/0842

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
KOUL, FA (ff)

Herr Drews (AG Verkehrsmanagement) bringt die Vorlage ein und informiert, dass die Erarbeitung der hier vorliegenden Parkgebührenordnung auf der Grundlage folgender Beschlüsse aus dem Jahr 2014 erfolgt sei:

- 14/SVV/1170 Parkraumkonzept Innenstadt weiter entwickeln
- 14/SVV/1088 Haushaltssatzung der LHP für die Haushaltsjahre 2015/2016
- 14/SVV/1090 Zukunftsprogramm 2019

Anhand einer Präsentation (wird dem Protokoll als Anlage beigefügt) geht er auf die derzeitige und künftig geplante Parksituation ein. Die beabsichtigte Neugliederung der Parkzonen, einschl. der Änderung der zu entrichtenden Parkgebühren soll dazu führen, den Verkehr in der Innenstadt zu minimieren und den Parkdruck besser zu verteilen.

Seitens verschiedener Ausschussmitglieder (Herr Heuer, Herr Berlin, Frau Hüneke) wird die vorgelegte Parkgebührenordnung begrüßt, da sie ein wirksames Mittel gegen die Einfahrt in die Stadt darstelle und auch Berufspendler davon abhalten würde. Herr Berlin hätte sich gewünscht, dass bereits zu diesem Zeitpunkt auch die Einrichtung der Park & Ride Zonen erfolgt wäre.

Herr Goetzmann erinnert an das vorgelegte und beschlossene Park+Ride-Konzept, welches allerdings zeigt, dass die P+R-Parkplätze, obwohl sie nichts kosten, noch nicht ausgelastet sind.

Herr Jäkel informiert aus der Beratung in der Fraktion, dass es verschiedene Standpunkte gebe. Befürworter der Parkgebührenordnung, aber auch jene, die eine Verschlechterung zuungunsten der Anwohner befürchten.

Herr Dr. Naumann begrüßt ebenfalls die Parkgebührenordnung, bezweifelt jedoch den verkehrlichen Effekt. Er erinnert an den Beschluss der STVV bzgl. des Handyparkens. Seines Erachtens sollte die Einführung der Parkgebührenordnung im Zusammenhang mit der neuen Technologie (Handyparken) eingeführt werden.

Herr Drews berichtet, dass das Parken nach den Satzungsregelungen bereits jetzt mit anderen Zahlungsmethoden möglich sei und auch das Handyparken möglich werden solle.

Frau Heigl bedauert, dass die Gebühren für die Busparkplätze nicht adäquat mit erhöht worden sind und bringt für die Fraktion DIE ANDERE folgenden Änderungsantrag ein, welcher im Finanzausschuss leider keine Mehrheit gefunden hat:

„Die DS 15/SVV/0842 wird im Absatz 3.4 wie folgt geändert:

3.4 Gekennzeichnete Busparkplätze
Parkzeiteinheit Parkgebühr
Parkzone 1 je Stunde 6 EUR

Parkzone 2 je Stunde 4,50 EUR
Parkzone 3 je Stunde 3 EUR.“

Herr Drews teilt mit, dass die Parkgebühr für Busparkplätze generell bei allen Parkzonen 3 € pro Stunde betrage und es derzeit keine bewirtschafteten Busparkplätze gebe. Für die aktuelle Lage habe der Antrag keine direkten Auswirkungen. Er macht darauf aufmerksam, dass privatwirtschaftliche Flächen, wie beispielsweise die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, wesentlich höhere Gebühren erheben würden. Die vergleichsweise geringe Gebühr von 3 € pro Stunde relativiere sich dadurch, dass der Bus eine im Vergleich zum PKW wesentlich höhere Insassenanzahl aufweise.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE wird zur Abstimmung gestellt.
Abstimmungsergebnis: 3/4/0 – damit abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt die ungeänderte Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.6 Novellierung Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung
Vorlage: 15/SVV/0833**

Fraktion SPD
HA

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) informiert, dass mit der Evaluierung der Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung Anfang des Jahres 2016 begonnen werden soll. Wie bereits bei der Erstellung der Richtlinie, soll der Prozess der Evaluierung durch Workshops begleitet werden. Als Teilnehmer sind, wie bereits 2012, Vertreter der Wohnungswirtschaft, Vertreter der Politik und der Verwaltung vorgesehen. Er ergänzt, dass im Rahmen der Evaluierung der Richtlinie eine Überprüfung und ggf. Aktualisierung der bisher getroffenen Annahmen erfolgen soll, z.B. durchschnittliche Wohnungsgröße und Belegungsstärke oder die angenommenen Kosten zur Schaffen eines Kita- oder Grundschulplatzes. Darüber hinaus sollen auch Regelungen getroffen werden, die den Investor verpflichten, einen gewissen Anteil von mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen zu finanzieren.

Detaillierte Erläuterungen erfolgen durch Herrn Wolfram anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigelegt wird.

Unter Bezugnahme auf den vorgestellten Zeitplan bittet Herr Heuer für die antragstellende Fraktion, die Terminierung von Mitte des Jahres 2016 auf Oktober 2016 zu ändern.

Herr Eichert erläutert, dass dies Einfluss auf höhere Mieten habe. Von daher dürfe die Zielsetzung nicht dazu führen, eine Verteuerung der Wohnungen herbei zu führen.

Frau Hüneke greift den Flächennutzungsplan auf und bittet, dass die Konflikte, die sich mit den Änderungen des Flächennutzungsplanes ergeben, wie Wegfall von Grünflächen, gesondert dargestellt werden sollten. In diesem Zusammenhang stellt sie einen Ergänzungsantrag, welcher mit Aufnahme der entsprechenden Protokollnotiz als erledigt betrachtet wird.

Herr Eichert spricht sich für Regelungen über den städtebaulichen Vertrag aus.

Herr Wolfram unterbreitet das Angebot in einer Modellrechnung die Wertsteigerung solche Vorfälle miteinander zu vergleichen und zur Verfügung zu stellen.

Herr Jäkel regt an, den Antrag von Frau Hüneke als Protokollnotiz festzuhalten, aber keinen Zusammenhang mit dem Antrag herzustellen.

Nach nochmaliger Verständigung äußert Frau Hüneke das Einverständnis zur Aufnahme in das Protokoll und gibt der Protokollantin im Anschluss an die Sitzung folgende Formulierung:

„Für den Fall der Änderung von Grünflächen in Bauland wird eine gesonderte Darstellung zugesagt.“ Damit ist der Ergänzungsantrag hinfällig.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag mit geänderter Terminierung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zusammen mit dem Bericht über die Evaluation der Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam Vorschläge zu deren Novellierung zu unterbreiten, die neben der bereits jetzt vorgesehenen Kostenbeteiligung an sozialer

Infrastruktur zukünftig auch eine Kostenbeteiligung für Mietpreis- und Belegungsbindungen bzw. adäquate Bindungen regelt. Weiterhin soll geprüft werden, ob, wie und in welchem Umfang Verpflichtungen der Grundstückseigentümer zur Inanspruchnahme von landesseitigen Förderprogrammen zum Mietwohnungsbau in der Richtlinie geregelt werden können.

Die entsprechenden Unterlagen sind der Stadtverordnetenversammlung spätestens ~~Mitte des Jahres 2016~~ **bis Oktober 2016** zuzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.7 Abfahrt Zentrum Ost
Vorlage: 15/SVV/0836
Fraktion DIE LINKE
(neue Fassung)

Dieser Tagesordnungspunkt wird erst nach dem TOP 4.10 behandelt, da noch ein Verwaltungsmitarbeiter, der sich gegenwärtig in einer Ortsbeiratssitzung befindet, erwartet wird.

Herr Quabis nimmt als Anwohner das Rederecht wahr und betont, wie notwendig eine weitere Zufahrt zum Wohngebiet Zentrum Ost sei. In diesem Sinne spricht er sich für die Durchführung einer Einwohnerversammlung aus.

Herr Jäkel bringt für den Antragsteller folgende neue Fassung ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor dem Hintergrund der kürzlich erfolgten Sperrung der Straßenabfahrt von der Nutheschneelstraße in das Wohngebiet Zentrum Ost und in Anbetracht geplanter weiterer Wohnbebauung in diesem Gebiet, verkehrliche und stadtplanerische Untersuchungen zur Optimierung der Verkehrsanbindung des Wohngebietes einzuleiten.

In diesem Zusammenhang ist nach einer Möglichkeit der erneuten Öffnung der Abfahrt von der Nutheschneelstraße in den Humboldtring zu suchen, damit zusätzliche Belastungen der Lotte-Pulewka-Straße und große Umweg über die Friedrich-List-Straße vermieden werden.

Bis April 2016 ist eine Einwohnerversammlung durchzuführen, um ein geeignetes und akzeptiertes Verkehrskonzept für das Wohngebiet Zentrum Ost zu entwickeln.“

Herr Praetzel (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) teilt mit, dass diesem Antrag hinsichtlich der Durchführung einer Einwohnerversammlung gefolgt werden könne und die Verwaltung dann über das Ergebnis berichten würde.

Herr Heuer bittet um Information, was die Verwaltung dazu geführt hat, diese

Abfahrt zu schließen.

Herr Praetzel berichtet, dass die Schließung der Anschlussstelle die Umsetzung und Abschluss der Plangenehmigung von 2005 zur Umgestaltung der Verkehrsanlagen (Straßen,- und Gleisanlagen, Brücken) der L 40 darstellt. Inhalt war u.a. die Beseitigung der Anschlussstelle zur Vermeidung von ungesichertem Kreuzungsverkehr mit der Straßenbahn und das Ergebnis der Machbarkeitsstudie vom Büro Prof. Stadt von 2003 zur Verlegung der Straßenbahn in Seitenlage.

Herr Heuer bittet um Auskunft, welcher Aufwand für die Untersuchungen benötigt wird. Er gibt zu bedenken, dass durch die entstandene Verkehrsberuhigung auch eine enorme Steigerung der Lebensqualität erreicht wird.

Herr Jäkel stellt dar, dass mit dem Antrag bezweckt wird, die Möglichkeiten zu prüfen und eine entsprechende Abwägung unter Einbeziehung der Einwohnerversammlung vorzunehmen sowie im Anschluss darüber zu informieren.

Herr Berlin bestätigt, dass der Antrag ergebnisoffen ist.

Herr Praetzel antwortet zur Frage nach dem Aufwand für die Prüfung, dass der Antragsteller der VIP und Genehmigungsgeber das Landesamt für Verkehr ist und somit keine Aussagen über Verlauf und Dauer gemacht werden können. Vergleichbar mit anderen Verfahren ist von Antragstellung bis Entscheidung und entsprechenden Vorläufen von mindestens zwei Jahren auszugehen

Einen Vorschlag von Herrn Eichert aufgreifend ändert Herr Jäkel den Antrag wie folgt: „ist die Möglichkeit einer erneuten Öffnung zu prüfen“

Der vom Antragsteller geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor dem Hintergrund der kürzlich erfolgten Sperrung der Straßenabfahrt von der Nutheschneelstraße in das Wohngebiet Zentrum Ost und in Anbetracht geplanter weiterer Wohnbebauung in diesem Gebiet, verkehrliche und stadtplanerische Untersuchungen zur Optimierung der Verkehrsanbindung des Wohngebietes einzuleiten.

In diesem Zusammenhang ist ~~nach einer~~ **die** Möglichkeit ~~der einer~~ erneuten Öffnung der Abfahrt von der Nutheschneelstraße in den Humboldtring zu ~~suchen~~ **prüfen**, damit zusätzliche Belastungen der Lotte-Pulewka-Straße und große Umweg über die Friedrich-List-Straße vermieden werden.

Bis April 2016 ist eine Einwohnerversammlung durchzuführen, um ein geeignetes und akzeptiertes Verkehrskonzept für das Wohngebiet Zentrum Ost zu entwickeln.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 1

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 4.8 Fortsetzung der Entwicklungsmaßnahme Krampnitz

Vorlage: 15/SVV/0838

Fraktion DIE aNDERE
FA, HA

Zurück gestellt – sh. Verständigung zur Tagesordnung.

zu 4.9 Konzept für die Aufstellung von Glas- und Kleidersammelcontainern

Vorlage: 15/SVV/0841

Fraktion CDU/ANW

Herr Eichert bringt den Antrag ein.

Herr Jäkel ergänzt, dass der Antrag im KOUL-Ausschuss bereits behandelt worden ist.

Herr Wiedemann (Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger) berichtet, dass bereits ein Konzept in der Erarbeitung sei und im Moment jeder Standort auf den Prüfstand gestellt wird. Zurzeit gibt es 10 duale Systeme und es gibt die Bestrebung, diese aufzulösen und in kommunale Hände zu geben. Derzeit gibt es Entwicklungen auf Bundesebene, die abgewartet werden sollten, so dass um eine Terminänderung zur Berichterstattung bis zum 3. Quartal gebeten wird. .

Herr Eichert übernimmt die Terminänderung.

Herr Hanisch beklagt, dass es Kleidersammelcontainer auf Parkplätzen gebe.

Herr Jäkel dankt für die weitere Verbesserung im System und spricht hier die Einführung der „gepolsterten“ Glascontainer an, die den Lärmpegel beim Einwurf von Gläsern und Flaschen erheblich reduzieren.

Herr Wiggert unterbreitet den Vorschlag Standmiete von den

Entsorgungsunternehmen einzufordern.

Herr Eichert interpretiert den Vorschlag von Herrn Wiggert so, dass die Einnahme quasi eine „Akzeptanzprämie für betroffene Anwohner“ sein könne?

Herr Eichert bittet die Bedürfnisse der Unternehmen zu berücksichtigen, um Steuern von den Unternehmen zu bekommen.

Herr Wiedemann äußert, dass allen daran gelegen ist, den Wildwuchs von Kleidersammelcontainern zu verhindern. Unseriöse Sammler auf privaten Flächen werden geprüft. Die Verwaltung ist für jeden Hinweis dankbar, wo Sammlungen illegal auf öffentlichem Straßenland erfolgen.

Der Antrag mit der geänderten Terminstellung wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept für die Aufstellung von Glas- und Kleidersammelcontainern zu erstellen.

Dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung ist ~~bis Ende des ersten Quartals~~ **im 3. Quartal** 2016 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.10 Ergebnisse der Machbarkeitsuntersuchung zur Straßenbahnerschließung des Entwicklungsbereiches Krampnitz

Vorlage: 15/SVV/0859

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Fahrland und Neu Fahrland
(Mitteilungsvorlage)

Herr Goetzmann erinnert an die im Ausschuss erfolgte Erläuterung der inneren Erschließung Krampnitz, bei der gefragt worden ist, wie die Straßenbahn nach Krampnitz kommt. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie liegen jetzt vor.

Herr Glaser (technischer Geschäftsführer Verkehrsbetrieb Potsdam) informiert anhand einer Präsentation, dass mit der Machbarkeitsuntersuchung die Trassenführung, die bautechnische Machbarkeit und Leistungsfähigkeitsbetrachtungen (Knotenpunkte und Nordbrücke der Insel Neu Fahrland) sowie

Nutzen-Kosten-Rechnungen für die Straßenbahnverlängerung in den Entwicklungsbereich und zusätzlich zur Ortslage Fahrland untersucht wurden. Der 4,67 Kilometer lange Streckenabschnitt nach Krampnitz würde sich größtenteils auf einem separaten Gleiskörper neben der Bundesstraße 2 befinden und sieben Haltestellen umfassen, davon drei in Krampnitz. Das Ergebnis der Nutzen-Kosten-Rechnung mit einem Wert von 1,23 zeigt, dass für die Erschließung des Entwicklungsbereiches Krampnitz mit der Straßenbahn der Nutzen höher ist als die damit verbundenen Kosten. Dieser deutlich positive Nutzen-Kosten-Wert stellt eine wesentliche Voraussetzung für den weiteren Planungsprozess zur Erschließung des Entwicklungsbereiches mit einer Straßenbahn dar. Auch eine weitere Verlängerung bis nach Fahrland weist einen positiven Nutzen-Kosten-Wert von 1,08 auf. Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Auf einzelne Rückfragen der Ausschussmitglieder geht Herr Glaser ein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 4.11 Nordanbindung Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark" an die Golmer Chaussee (L 902), halbjährliche Berichterstattung, hier Dezember 2015

Vorlage: 15/SVV/0853

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung (Mitteilungsvorlage)

Vertagt auf die zweite Ausschusssitzung im Februar.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Entwicklungsbereich Krampnitz - Verkehrsuntersuchung Eingangsbereich
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann bringt in Erinnerung, dass im Ausschuss im November letzten Jahres in Verbindung mit der Zurückstellung zweier Anträge vereinbart worden ist, die Untersuchungsergebnisse im SBV-Ausschuss vorzustellen. Ein grundsätzlicher Punkt war die Problematik der Individualverkehrserschließung und des Öffentlichen Personennahverkehrs. Eine erste Aufbereitung ist den Ausschussmitgliedern bereits mit der Tagesordnung zugegangen. Herr Goetzmann bittet Herrn Wiesner (ARGUS Stadt- und Verkehrsplanung) näher darauf einzugehen.

Herr Goetzmann ergänzt, dass mit der heutigen Vorstellung der Untersuchungsergebnisse die beiden zurück gestellten Anträge 15/SVV/0694 und 15/SVV/0745 in einer der nächsten Sitzungen wieder aufgerufen werden könnten.

Herr Wiesner geht anhand einer Präsentation (wird dem Protokoll als Anlage

beigefügt) detailliert auf die Ergebnisse der Untersuchung ein.

Im Rahmen der kontroversen Diskussion gehen Herr Wiesner, Herr Goetzmann und Herr Glaser (techn. GF Verkehrsbetrieb Potsdam als am Verfahren Beteiligter) auf vielfältige Hinweise und Rückfragen ein. Insbesondere wurde nach wie vor von Seiten einzelner Ausschussmitglieder die vom Wettbewerbssieger Müller und Reimann vorgeschlagene Verkehrsführung der B2 kritisiert. Pro und Contra-Meinungen werden zur Querung der B2 vorgebracht und unterteilen sich in die Auffassung einer sinnvollen kurzen Verbindung vom Ausgangspunkt ÖPNV-Ausstieg per Ampelregelung über die B2 zum Ufer des Krampnitzsees bzw. der Nutzung evtl. Übergänge bzw. Unterführungen, wie diese in den Wettbewerbsentwürfen der weiteren Teilnehmer vorgeschlagen werden.

Herr Jäkel kritisiert, dass bei der Auswertung der Untersuchungen die von mehreren Wettbewerbsteilnehmern geplanten zusätzlichen kreuzungsfreien Über- oder Unterführungen für Fußgänger zum Seeufer vollständig unberücksichtigt geblieben sind. Dies empfindet er persönlich als einen Abwägungsfehler im Vergleich der anderen Entwürfe gegenüber dem Wettbewerbssieger.

Weiterhin wurde aus den vorgestellten Untersuchungsergebnissen deutlich, dass bezüglich des Straßenverkehrs die Variante B (vorbeigeführte Bundesstraße mit Abzweig und LSA) die günstigste Variante von allen ist. Bei anderen Varianten wurden unterschiedliche Vorteile für ÖPNV-Verknüpfung und Buswendemöglichkeiten gesehen. Es gab differierende Sichtweisen zu anderen städtebaulichen Aspekten.

Der Ausschussvorsitzende bittet eine Wiedervorlage der beiden angesprochenen Anträge im SBV-Ausschuss erst vorzunehmen, wenn die betroffenen Ortsbeiräte Gelegenheit zur Befassung hatten.

zu 5.2 Bebauungsplan Nr. 36-2 "Leipziger Straße/Brauhausberg", aktueller Planungsstand und Information zur Verständigung über ein konkretes Bauvorhaben

FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) ruft ins Gedächtnis, dass im Oktober 2015 über die Veränderungssperre des B-Planes Nr. 36-2 beraten worden ist. Frau Holtkamp informiert, dass zu einem Bauvorhaben in der Leipziger Str. 64 Klärungsbedarf besteht und geht näher darauf ein. Aus Sicht der Verwaltung hätte dieses Vorhaben Aussicht auf Erteilung einer Ausnahme von der Veränderungssperre, so dass die Meinungsbildung im SBV-Ausschuss erbeten wird.

Auf Nachfragen verschiedener Ausschussmitglieder, so u.a. zur Grünflächenbilanz geht Frau Holtkamp ein. Der Bitte auf Ausreichung entsprechender Unterlagen an die Ausschussmitglieder wird die Verwaltung nachkommen und dem Protokoll als Anlage beifügen.

Herr Goetzmann bittet dieses Thema in der nächsten Sitzung erneut aufrufen zu dürfen, um möglichst bald Klärung über eine Ausnahme von der Veränderungssperre zu erhalten.

Herr Jäkel behält sich vor, dass vor eine erneute Befassung im Ausschuss erst erfolgt, wenn die Fraktionen Gelegenheit hatten sich damit zu befassen.

zu 5.3 Bebauungsplan Nr. 145 "Am Humboldtring", Stand der Gespräche mit relevanten Trägern öffentlicher Belange
FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) informiert, dass die Gespräche mit den Trägern öffentlicher Belange in der Zwischenzeit geführt worden sind und geht anhand einer Präsentation (wird dem Protokoll beigelegt) auf den aktuellen Stand ein. Zusammenfassend muss mitgeteilt werden, dass die Fortführung des Fachgesprächs aus Verwaltungssicht absehbar keine Annäherung der Positionen zur Denkmalverträglichkeit erkennen lässt, jedoch aus Verwaltungssicht eine denkmalverträgliche Bebauung mit dem entwickelten Projekt möglich wäre.

Im Ergebnis ist nun vorgesehen, das Planverfahren unter Würdigung der Erkenntnisse aus diesem Diskussionsprozess fortzuführen und den Bebauungsplan-Entwurf unter Aufnahme der Festlegungen aus dem Aufstellungsbeschluss (insb. Mietpreis- und Belegungsbindung) zu entwickeln. Im weiteren Planverfahren sind andere Abwägungsentscheidungen der StVV möglich.

zu 5.4 Bebauungsplan Nr. 146 "Nordwestseite Jungferensee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs", aktueller Planungsstand für die nördliche Parkanlage
FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann erinnert, dass der Oberbürgermeister mit dem Aufstellungsbeschluss vom 01. 04. 2015 beauftragt worden ist, vor der Festsetzung des Bebauungsplanes einen Städtebaulichen Vertrag vorzulegen, in dem ein Ausgleich zwischen den Interessen der Allgemeinheit hinsichtlich der öffentlichen Begehrbarkeit, dem Denkmalschutz und den Planungen des Eigentümers zur Wiederherstellung der historischen Parkanlage (Hippodrom) festgelegt wird.

Anhand einer Präsentation (wird dem Protokoll als Anlage beigelegt) geht Herr Goetzmann auf die gegenwärtige Situation ein und führt aus, dass zwischenzeitlich Gespräche mit dem Eigentümer dieser Flächen geführt worden sind. Der Eigentümer wäre bereit, dass Hippodrom wieder herzustellen, dann jedoch nur mit einer Zaunabgrenzung entlang dem ehemaligen Königsweg in Verbindung zum öffentlichen Uferweg. Damit wäre ein großer Bereich privater Fläche Parkanlage um das Hippodrom herum. Wenn im Gegensatz dazu das Hippodrom öffentlich zugänglich sein sollte, müsste ein Lückenschluss zwischen dem Bebauungsplan Nr. 83 und dem Bebauungsplan Nr. 10 mit Festsetzung einer öffentlichen Grünfläche im Bereich des Hippodroms vorgenommen werden. In diesem Falle hätte der Eigentümer kein Interesse an der Wiederherstellung des Hippodroms und die am nördlichen Rand festgesetzten privaten Grünflächen

würden als solche fixiert bleiben, so dass eine Beschlussumsetzung nicht möglich wäre und auf eine Konfliktlösung hinaus laufen würde.

Verschiedene weitere Wortmeldungen lassen eine Kontroverse darüber erkennen, ob dann eher die Erhaltung des derzeitigen Zustandes als Waldfläche vorgezogen werden soll, oder die Wiederherstellung des Hippodroms einen Wert an sich darstellt.

zu 5.5 Straßenbeleuchtungsvorhaben mit Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach BauGB in Potsdam OT Groß Glienicke "Nibelungenstraße" (Sacrower Allee bis Wendensteig)
FB Grün- und Verkehrsflächen

In Abstimmung mit der Verwaltung auf die Sitzung am 23.02.2016 vertagt

zu 5.6 Straßenbeleuchtungsvorhaben mit Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach BauGB in Potsdam OT Groß Glienicke "Sacrower Allee" (Nibelungenstraße bis Haus Nr. 120)
FB Grün- und Verkehrsflächen

In Abstimmung mit der Verwaltung auf die Sitzung am 23.02.2016 vertagt

zu 6 Sonstiges

Herr Goetzmann erinnert, dass mit dem Beschluss zur Speicherstadt die Verabredung mit der Pro Potsdam erfolgt ist, zum Grundstücksvergabeverfahren die Mitglieder des SBV-Ausschusses einzubeziehen. Zur Vorstellung der planerischen Rahmenbedingungen und Vorgaben ist es vorgesehen, dass am 9.2.16 von 17.00 bis 19.00 Uhr dieses Auswahlgremium (gemeinsam mit dem Gestaltungsrat) tagt und die eigentliche öffentliche Ausschusssitzung erst um 19.00 Uhr beginnt, so dass dann auch die sachkundigen Einwohner hinzukommen.

Die Vorstellung der Bauvorhaben würde am 9.2.16 entfallen und auf den 23.2.16 vertagt werden.

Mit dieser Vorgehensweise besteht Einvernehmen.

Die Sitzung wird um 22.05 Uhr beendet.

Die noch offenen Tagesordnungspunkte 5.5 und 5.6 werden auf die kommende Sitzung vertagt.

Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift

